

Protestieren statt freiwillig-unfreiwillig frieren!

Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung

Bundesweiter (dezentraler) Aktionstag am 14. Oktober zum geplanten Bürgergeld

Bundesregierung stemmt sich mit weiterem Entlastungspaket gegen aufkommende Protestbewegung

Jetzt kommt also ein drittes sog. Entlastungspaket, um die durch politische Entscheidungen rund um den Ukraine-Konflikt entstandenen Mehrbelastungen für die Bürger - und Unternehmen - ein wenig abzufedern. Wieder mit der Gießkanne, und wieder fällt für die richtig Armen verhältnismäßig wenig ab. Die mit dem Paket verbundene Hoffnung der Ampelkoalition: der erst langsam in Gang kommenden sozialen Protestbewegung die Spitze zu nehmen.

Es handelt sich bei dem Paket um ein Sammelsurium aus Mini-Entlastungen, Einmalzahlungen, inflationsdämmenden Maßnahmen und teils noch recht vagen Ankündigungen. Einiges dient der Beseitigung von Ungerechtigkeiten in früheren Paketen. So wird beispielsweise der Ausschluss von Rentnern und Studenten von der Energiekostenpauschale, der für viel Ärger gesorgt hatte, jetzt aufgehoben. Der Berechtigtenkreis für Wohngeld soll ausgedehnt, die Sätze angehoben und dauerhaft um eine Heizkostenkomponente ergänzt werden, aber das ist noch Zukunftsmusik; für dieses Jahr werden die aktuellen Bezieher von Wohngeld mit einer (weiteren) Einmalzahlung abgespiesen. Eine Maßnahme gegen die sog. „kalte Progression“ sorgt auf der anderen Seite dafür, dass auch Besserverdienende am Ende mehr Netto vom Brutto im Portemonnaie haben werden als bisher. Und es gilt: Je größer der Geldbeutel, desto größer die Entlastung.

Eine weitere Maßnahme sieht eine vorübergehende Erhöhung des Kindergelds für das erste und das 2. Kind um je 18 € ab kommenden Jahr vor. Von dieser Maßnahme profitieren (fast) alle Familien, also auch Familien von Reichen, die es eigentlich nicht bräuchten – nicht allerdings Empfänger von Hartz IV und/oder Grundsicherung (bei denen wird das Kindergeld gleich wieder abgezogen).

Für EmpfängerInnen von Hartz IV- und/oder Grundsicherungsleistungen sieht es auch ansonsten mau aus. Ok, kommt der angekündigte Strompreisdeckel, dann würde das auch ihnen helfen. Die Pläne für ein Nachfolgeangebot für das ausgelaufene 9-Euro-Ticket sind hingegen vage; der als Zielmarke genannte Preiskorridor von 49 bis 69 € im Monat läuft aber ohnehin auf einen weitgehenden Ausschluss einkommensschwacher Haushalte hinaus.

Am frechsten, purer Schwindel, aber ist der Versuch der Bundesregierung, die geplante Anhebung der Regelsätze um rd. 50 € im Rahmen dieses Pakets als zentrale Entlastungsmaßnahme für die ärmeren Teile der Bevölkerung zu verkaufen. Bundesminister Heil hat die Anhebung um 40 bis 50 € im Zuge der Einführung des sog. „Bürgergelds“ zum 1. Januar 2023 bereits seit Monaten als seine Zielmarke ausgegeben – und ist dafür auch von uns, und vielen anderen Organisationen, seit Monaten kritisiert worden. Selbst der Chef des arbeitgebernahen Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) moniert, es handele sich bei dem Entlastungspaket zumindest in Teilen um eine Mogelpackung. Die Einführung des Bürgergelds und eine Reform des Wohngelds waren bereits Bestandteile des Koalitionsvertrags gewesen und seien daher in diesem Paket fehl am Platz. Eine Einmalzahlung für die inflationsbedingten Mehrbelastungen schon in diesem Jahr? Pustekuchen! Glaubt die Koalition wirklich, sich mit solchen Tricks davonstehlen zu können?

Armut in Deutschland

13,8 Millionen Menschen lebten in der Bundesrepublik nach Auskunft des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes bereits 2021 in Armut. Die aktuelle Energie- und Inflationskrise dürfte diese erschreckende Zahl nochmal massiv erhöhen. Im Juni 2022 lag die offizielle Inflationsrate bei 7,6 Prozent. Doch diese Zahl bildet das reale Problem für einkommensarme Haushalte nur ungenügend ab. Ebenfalls im Juni stiegen die Lebensmittelpreise um 12,7 Prozent, die Verbraucherpreise für Energie um sagenhafte 38 Prozent! Und das scheint bei weitem noch nicht das Ende der Fahnenstange zu sein. Laut aktueller Prognose der Bundesregierung wird die Inflation im Gesamtjahr 2022 8,1 Prozent betragen; gut möglich aber, dass sie am Ende sogar

zweistellig ausfallen wird.

Die 53 Euro mehr würden also bestenfalls ausreichen, die aktuellen Preissteigerungen des Jahres 2022 auszugleichen, nicht jedoch die Preissteigerungen (und Lohnzuwächse) von Mitte 21 auf Mitte 22 und schon gar nicht die zu erwartenden weiteren Teuerungen im kommenden Jahr. Insbesondere für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell kaum über die Runden gekommen sind, prekär Beschäftigte, Bezieher kleiner Renten sowie Bezieher von Grundsicherungsleistungen, ist die Aussicht auf den kommenden Herbst und Winter eine äußerst düstere.

Die jetzt von der Bundesregierung großspurig angekündigten Entlastungen ändern daran so gut wie gar nichts. Und je länger der Wirtschaftskrieg gegen Russland noch anhält, desto schlimmer dürften die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen in Deutschland ausfallen (Über Klimakrise und Erderwärmung redet die rot-grün-gelbe Regierung wie auch die Kommission in Brüssel ohnehin nicht mehr – es gibt schließlich Wichtigeres!).

Kein Etikettenschwindel beim Bürgergeld - Hartz IV wirklich überwinden!

Aus diesen Gründen beteiligen wir uns an den Vorbereitungen für einen dezentralen bundesweiten Aktionstag am kommenden 14. Oktober gegen die Bürgergeld-Pläne der Regierung.

Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz IV-System tatsächlich überwinden würde, wäre längst überfällig und daher sehr zu begrüßen. Leider lässt der vorliegende Gesetzentwurf zum Bürgergeld** an diesem Anliegen jedoch erhebliche Zweifel aufkommen.

Ok, es ist durchaus anzuerkennen, dass einige Aspekte der geplanten Reform Verbesserungen für die Betroffenen beinhalten. So sollen zum Beispiel die Wohnkosten für die ersten zwei Jahre in voller Höhe übernommen werden; auch soll das sog. Vermittlungsprimat fallen. Das ist gut, aber reicht nicht für ein Auskommen!

Ist es wirklich nötig, die politisch Verantwortlichen noch einmal daran zu erinnern, dass nach den Berechnungen des Paritätischen, angestellt bereits Anfang 2022 - also noch vor der Ukraine-Krise und dem Einsetzen der Preisexplosion, für ein menschenwürdiges Leben bereits in diesem Jahr ein Regelsatz von 678 € angemessen wäre, gut 200 € oder ca. 50 % mehr als der gegenwärtige Satz für einen Alleinstehenden?*

Wir wollen eine massive Erhöhung der Regelsätze, auf ein realistisches Niveau, und ihre umgehende Anpassung bei größeren Preissteigerungen in besonders relevanten Bereichen der Existenzsicherung! Ohne diese materiellen Voraussetzungen wird das angekündigte Bürgergeld nicht viel mehr sein als ein Etikettenschwindel.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns jetzt mit Protestaktionen melden. Ohne Druck von unten wird auch ein „Bürgergeld“ nicht so ausgestaltet werden, dass sich mit ihm ein menschenwürdiges Leben bestreiten lässt.

Deshalb beteiligt Euch alle am bundesweiten Aktionstag am 14. Oktober und lasst uns unsere Forderungen laut und deutlich auf die Straße tragen.

Heiko Holtgrave, Sozialforum Dortmund

Anmerkungen

* siehe <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/hartz-iv-regelsatz-um-mehr-als-50-prozent-zu-niedrig-paritaetischer-fordert-anhebung-der-grundsicherung/>

** Regierungsentwurf vom 14.9.2022 im Netz unter:

https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Regierungsentwuerfe/reg-buergergeld.pdf?__blob=publicationFile&v=3